



Antrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

Ansiedlungsperspektiven für Unternehmen stärken - Vorrang der gewerblichen Nutzung sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans die vorgesehenen Flächeneinsparziele so zu erreichen, dass eine ausreichende Bereitstellung zusammenhängender Gewerbeflächen für die Neuansiedlung von Unternehmen auch in Zukunft gewährleistet ist. Hierzu ist sicherzustellen, dass gewerblichen Nutzungen ein Vorrang eingeräumt wird, um Nachteile für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein zu vermeiden.

Begründung:

Im Rahmen der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein (LEP) wurden in den 2. Entwurf (Stand: November 2020) neue Planungsinhalte aufgenommen, die im Rahmen einer nachhaltigen Gestaltung der Flächennutzung auf eine deutliche Reduzierung der Flächeninanspruchnahme abzielen. Dabei wird beabsichtigt, in Schleswig-Holstein die tägliche Inanspruchnahme neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen bis zum Jahr 2030 auf unter 1,3 Hektar pro Tag abzusenken. Langfristig sollen Landwirtschafts- und Naturflächen für Siedlungs- und Verkehrsflächen nicht mehr neu in Anspruch genommen werden. Neben den bereits zur Verfügung stehenden Maßnahmen (z. B. Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung, Vereinfachung von Nachverdichtungsmaßnahmen durch die Landesbauordnung) sollen die Einrichtung eines Bodenfonds und ein interkommunales Flächenmanagement die Zielsetzung einer Reduzierung der Flächeninanspruchnahme in Zukunft unterstützen.

Die grundsätzlich zu befürwortende Strategie einer nachhaltigen Gestaltung der Flächennutzung beinhaltet dennoch das Risiko, dass durch zu strenge Vorgaben Gewerbeflächen für die Neuansiedlung von Unternehmen nicht im erforderlichen Maße zur Verfügung gestellt werden können. Besonders die Bereitstellung ausreichender zusammenhängender Flächen ist für eine kontinuierlich positive Entwicklung im Bereich der Unternehmensansiedlung notwendig.

Volker Schnurrbusch und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD